

Erklärung des Bundesministers für gesamtdeutsche  
Fragen, Jakob K a i s e r, am 15. Januar 1951  
vor der Bundespressekonferenz:

"Die Erklärung des Bundeskanzlers läßt erkennen, welche Gründe für die Stellungnahme zum Grotewohl-Brief maßgeblich sind. Ich darf dieser Erklärung meinerseits einiges hinzufügen. Ich weiß, daß manch einer in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone an den Schritt Grotewohls immerhin Hoffnungen geknüpft hat. Wir haben vor allem im Denken an unsere Landsleute in der Sowjetzone Verständnis dafür. Wir haben Verständnis dafür, daß sie sich in ihrer Not an jeden Strohalm klammern, um aus ihrer bedrückten Lage erlöst zu werden. Wir haben auch Verständnis dafür, daß sich die Bevölkerung der Bundesrepublik von dem Alpdruck befreit sehen möchte, den die Bedrohung aus dem Osten darstellt. Ich versichere demgegenüber noch einmal, daß nichts unversucht bleiben wird, was uns der deutschen Einheit näherbringen kann. Aber wir müssen wachsam bleiben, daß nicht ganz Deutschland eines Tages unter kommunistischen Einfluß gerät. Damit würden wir nicht nur der Bundesrepublik sondern auch und vor allem der Bevölkerung in der Sowjetzone den schlechtesten Dienst erweisen. Dann müßten wir wirklich alle Hoffnung auf ein besseres Leben in einem freien Gesamtdeutschland endgültig begraben. Deshalb bleibt größte Zurückhaltung gegenüber den Vorschlägen des Grotewohlbriefes geboten.

Nehmen wir z.B. den Vorschlag zur Bildung eines "Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates". Dieser Rat soll die Bildung einer provisorischen Regierung sowie einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbereiten. Und schließlich könne er auch - so wird ausgeführt - die Vorbereitung der Bedingungen von freien gesamtdeutschen Wahlen übernehmen. Schon die Reihenfolge dieser Aufgabenstellung für einen solchen Rat entspricht der kommunistischen Taktik, die ich selbst in der Politik um die Sowjetzone zur Genüge kennengelernt habe. Der Vorschlag einer paritätischen Zusammensetzung des Konstituierenden Rates zeigt trotz aller Gegenbeteuerungen der SED die Absicht, jede mögliche Übereinstimmung von vornherein auszuschließen.

Durch diese Taktik haben die Kommunisten in der Sowjetzone in vergleichbaren provisorischen Gremien genügend vollendete Tatsachen zu schaffen gewußt. Im übrigen hat ja auch Herr Grote-  
sohl diese kommunistische Methode am eigenen Leibe erfahren. Er ist - wie alle Welt weiß - ihr Opfer geworden. Die scheinbare demokratische Grundlage derartiger Gremien dient lediglich dazu, Unerfahrenen Sand in die Augen zu streuen. Das gilt in diesem Falle nicht zuletzt für die Bevölkerung der Bundesrepublik.

Nach allen Erfahrungen und so wie die Dinge heute liegen, bedarf es keines Konstituierenden Rates. Sondern es bedarf der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung. Dieser Nationalversammlung muß es obliegen, alle weiteren Schritte im Namen des ganzen deutschen Volkes zu unternehmen. Nur so kann durch den freien Willen aller Deutschen die Einheit Deutschlands verwirklicht werden.

Wem es ehrlich um eine freie und nicht um eine kommunistische Einheit Deutschlands geht, der muß freie Wahlen zu einer Nationalversammlung an die Spitze aller Aktionen für die Einheit Deutschlands stellen. Der Grotewohlbrief kehrt die Reihenfolge um. Das läßt erkennen, daß man über den "Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat" kommunistische Ziele zu erreichen hofft.

Im übrigen steht wohl außer Zweifel, daß der Brief nicht aus eigenem Antrieb und nicht im Interesse unseres Volkes geschrieben wurde. Sondern im Interesse jener Macht, die bisher systematisch aller Versuche verhindert hat, die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederherzustellen. Niemand würde es mit größerer Erleichterung aufnehmen als wir - die Deutschen - , wenn die Sowjetunion diese Haltung aufgeben würde. Wenn sie sich mit der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen abfinden würde. Darüber könnte die zu erwartende Viermächtekonferenz immerhin Aufschluß geben.

Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die vier Besatzungsmächte über diese Frage zu einer Einigung kommen. Diese Einigung scheint uns Voraussetzung zu sein für jede Verhandlung über die Durchführung wirklich freier Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung."